

I. Gutachten

Stadtplanungsausschuss

Sitzungsdatum 21.01.2010

öffentlich

Betreff:

Erweiterung des Sanierungsgebietes „Galgenhof / Steinbühl“

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig
- angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
- abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Stadtplanung empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Auf der Grundlage der vorliegenden Beurteilungsgrundlagen begrüßt der Stadtrat die Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Galgenhof / Steinbühl gemäß dem Plan vom 01.12.2009, "Stadterneuerungsgebiet Galgenhof / Steinbühl, hier: Einbeziehung des Richard-Wagner-Platzes und des Heumann-Areals in das Stadterneuerungsgebiet Galgenhof / Steinbühl". Eine Behandlung über das Ergebnis der Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen nach § 137 BauGB und öffentlicher Aufgabenträger nach § 138 BauGB wird im Stadtplanungsausschuss erfolgen.
2. Auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB wird hingewiesen. § 138 BauGB lautet:

§ 138
(1) Eigentümer, Mieter, Pächter und sonstige zum Besitz oder zur Nutzung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils Berechtigte sowie ihre Beauftragten sind verpflichtet, der Gemeinde oder ihren Beauftragten Auskunft über die Tatsachen zu erteilen, deren Kenntnis zur Beurteilung der Sanierungsbedürftigkeit eines Gebiets oder zur Vorbereitung oder Durchführung der Sanierung erforderlich ist. An personenbezogenen Daten können insbesondere Angaben der Betroffenen über ihre persönlichen Lebensumstände im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, namentlich über die Berufs-, Erwerbs- und Familienverhältnisse, das Lebensalter, die Wohnbedürfnisse, die sozialen Verflechtungen sowie über die örtlichen Bindungen, erhoben werden.
(2) Die nach Absatz 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur zu Zwecken der Sanierung verwendet werden. Wurden die Daten von einem Beauftragten der Gemeinde erhoben, dürfen sie nur an die Gemeinde weitergegeben werden; die Gemeinde darf die Daten an andere Beauftragte im Sinne des § 157 sowie an die höhere Verwaltungsbehörde weitergeben, soweit dies zu Zwecken der Sanierung erforderlich ist. Nach Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets sind die Daten zu löschen. Soweit die erhobenen Daten für die Besteuerung erforderlich sind, dürfen sie an die Finanzbehörden weitergegeben werden.

(3) Die mit der Erhebung der Daten Beauftragten sind bei Aufnahme ihrer Tätigkeit nach Maßgabe des Absatzes 2 zu verpflichten. Ihre Pflichten bestehen nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

(4) Verweigert ein nach Absatz 1 Auskunftspflichtiger die Auskunft, ist § 208 Satz 2 bis 4 über die Androhung und Festsetzung eines Zwangsgelds entsprechend anzuwenden. Der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

II. **Ref. VII**

III. **Abdruck an:**

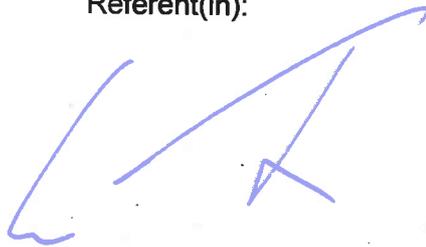
Ref. I/OrgA

Ref. II/Stk

Vorsitzende(r):

Kahn

Referent(in):



Schriftführer(in):

Reuter S.